

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 917

**Verfassungsmäßigkeit
berufs- und standesrechtlicher
Werbebeschränkungen
für Angehörige freier Berufe**

**Dargestellt am Beispiel der Regelungen
für Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker**

Von

Wolfgang Bomba



Duncker & Humblot · Berlin

WOLFGANG BOMBA

Verfassungsmäßigkeit berufs- und standesrechtlicher
Werbebeschränkungen für Angehörige freier Berufe

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 917

Verfassungsmäßigkeit berufs- und standesrechtlicher Werbebeschränkungen für Angehörige freier Berufe

Dargestellt am Beispiel der Regelungen
für Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker

Von

Wolfgang Bomba



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Regensburg
hat diese Arbeit im Jahre 2002
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme und Druck:
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0200
ISBN 3-428-11039-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Sommersemester 2002 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Im Hinblick auf Rechtslage, Rechtsprechung und Literatur ist die Arbeit auf dem Stand vom Januar 2002.

Das Thema der Studie geht auf eine Anregung meines Doktorvaters, Herrn Prof. Dr. Gerrit Manssen, zurück. Ihm möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, daß er die Entstehung der Arbeit durch vielfältigen fachlichen Rat und konstruktive Kritik stets interessiert und engagiert gefördert hat.

Auch bei Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M., möchte ich mich bedanken: einerseits für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, andererseits dafür, daß er während der Zeit meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl stets zu wertvollen Hinweisen zum Dissertationsvorhaben bereit war.

Des weiteren gilt mein Dank Herrn Prof. em. Dr. Dr. h. c. Ekkehard Schumann. Er förderte mein Interesse an rechtswissenschaftlichen Fragestellungen, nicht zuletzt durch sein im Sommersemester 1998 abgehaltenes Seminar zur juristischen Methodenlehre, und motivierte mich maßgeblich, möglichst bald die Promotion anzustreben.

Finanziell (und ideell) erfuhr ich große Unterstützung durch ein Graduiertenstipendium des Cusanuswerks, wofür ich ebenfalls herzlich danken möchte.

Widmen will ich die Arbeit Manfred und Anne sowie Claudia.

Nürnberg, Oktober 2002

Wolfgang Bomba

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Einleitung	41
A. Das Berufs- und Standesrecht der freien Berufe im Wandel	41
B. Gegenstand und Methode der Untersuchung	43

Zweiter Teil

Begriffsbestimmungen	45
A. Freier Beruf	45
B. Berufsbild: Begriff und Bedeutung des Begriffs für Werberegelungen	67
C. Berufsrecht – Standesrecht	69
D. Werbung	71

Dritter Teil

Werberegelungen des Berufs- und Standesrechts der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker	76
A. Überblick	76
B. Internationale (Werbe-)Tätigkeit von Freiberuflern und anzuwendende Regelungen des Berufs- und Standesrechts	102
C. Die Regelungen für Rechtsanwälte im einzelnen	118
D. Die Regelungen für Ärzte im einzelnen	143
E. Die Regelungen für Apotheker im einzelnen	166

Vierter Teil

Verfassungsmäßigkeit der einzelnen Werbebeschränkungen	183
A. Methodisches	183
B. Die betroffenen Grundrechte von Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern: Schutzbereiche, Eingriffe	184
C. Die betroffenen Grundrechte des einzelnen aus dem Publikum: Schutzbereiche, Eingriffe	205
D. Rechtfertigung der durch Werbebeschränkungen vorgenommenen Grundrechtseingriffe	209
E. Die zur Rechtfertigung von Werbebeschränkungen durch Rechtsprechung und Literatur vorgetragene Argumente: Darstellung und kritische Analyse	225
F. Die Verfassungsmäßigkeit der einzelnen Werbebeschränkungen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der kritischen Analyse der vorgebrachten Argumente	298
G. Exkurs: Vereinbarkeit berufs- und standesrechtlicher Werbebeschränkungen mit Europarecht	357

Fünfter Teil

Zusammenfassung, Ausblick	371
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	371
B. Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Durchsetzung der Grundrechte auf dem Gebiet des Werberechts der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker in Rechtsprechung und Literatur; Ausblick	374
Literaturverzeichnis	376
Anhang: Normtexte	403
Sachwortverzeichnis	421

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Einleitung	41
A. Das Berufs- und Standesrecht der freien Berufe im Wandel	41
B. Gegenstand und Methode der Untersuchung	43

Zweiter Teil

Begriffsbestimmungen	45
A. Freier Beruf	45
I. Entwicklung des Begriffs „freier Beruf“	47
II. Die Bedeutung des Freiheitsbegriffs des Grundgesetzes für den Begriff „freier Beruf“	49
III. Der Begriff „freier Beruf“ im deutschen und europäischen Recht	50
IV. Schwierigkeiten einer Definition des Begriffs „freier Beruf“	52
V. Definitionsversuche in der Literatur	53
VI. Der Begriff „freier Beruf“ als Typusbegriff	55
1. Zusammenfassung und Kritik der dargestellten Definitionsversuche	55
2. Alternative zum abstrakten Begriff: Typusbegriff „freier Beruf“	57
3. Unterarten des Typusbegriffs „freier Beruf“	58
4. Unterscheidung Berufsstand – einzelne Berufsangehörige	59
VII. Typische Merkmale des Begriffs „freier Beruf“	59
1. 1. Merkmal: Erbringung ideeller Leistungen	60

2. 2. Merkmal: Persönliche Leistungen, Ergebnisse persönlicher Leistungen werden erbracht	61
3. 3. Merkmal: die Leistungen werden eigenbestimmt, eigenverantwortlich und frei von sachlichen Weisungen erbracht	61
4. 4. Merkmal: wirtschaftliche Selbständigkeit	62
5. 5. Merkmal: Erfordernis einer qualifizierten Ausbildung bzw. schöpferischen Befähigung	62
6. 6. Merkmal: besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Freiberufler und Auftraggeber	63
7. 7. Merkmal: Axiom des Altruismus als Motiv für das Tätigwerden	64
8. 8. Merkmal: Berufsständische Autonomie	65
9. 9. Merkmal: Ermächtigung zum Erlaß verbindlicher Regelungen durch die berufsständischen Vereinigungen, insbesondere im Hinblick auf Werbung	66
VIII. Zusammenfassung: Begriff „freier Beruf“	67
B. Berufsbild: Begriff und Bedeutung des Begriffs für Werberegulungen	67
C. Berufsrecht – Standesrecht	69
D. Werbung	71

Dritter Teil

Werberegulungen des Berufs- und Standesrechts der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker	76
A. Überblick	76
I. Organisation der Rechtsanwalt-, Ärzte- und Apothekerschaft	76
1. Rechtsanwaltschaft	76
2. Ärzte- und Apothekerschaft	77
II. Normen der staatlichen Berufsgesetze, die Regelungen über Werbung enthalten	79
III. Geltung des staatlichen Berufsrechts für ausländische Freiberufler	80

1. Geltung des staatlichen Berufsrechts für ausländische Rechtsanwälte in Deutschland	80
a) Rechtsanwälte, die nicht europäisch im Sinne des § 1 EuRAG sind	80
b) Im Sinne des § 1 EuRAG europäische Rechtsanwälte	81
2. Geltung des staatlichen Berufsrechts für ausländische Ärzte	81
3. Geltung des staatlichen Berufsrechts für ausländische Apotheker	82
a) Ausländische Apotheker aus Nicht-EG-/EWR-Staaten, die in Deutschland dauerhaft oder vorübergehend als Apotheker tätig werden	82
b) Dienstleistungen ausländischer Apotheker aus EG-/EWR-Staaten	83
IV. Standesrecht	84
1. Die einzelnen Normen, die Werberegungen enthalten	84
a) Rechtsanwälte	84
b) Ärzte	85
c) Apotheker	85
2. Rechtsnatur und Verbindlichkeit der Berufsordnungen	85
a) Die berufsständischen Vereinigungen als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung	85
b) Die Satzung als den Selbstverwaltungskörperschaften eigene Form der Rechtsnorm	85
c) Verbindlichkeit des Satzungsrechts der Kammern	86
aa) Geltung des Satzungsrechts kraft eigener Hoheitsgewalt der Kammer	86
(1) Regelungsgewalt der Bundesrechtsanwaltskammer	86
(2) Regelungsgewalt der Bayerischen Landesärztekammer	87
(3) Regelungsgewalt der Bayerischen Landesapothekerkammer ..	88
bb) Geltung der Berufsordnungen für Externe kraft gesetzlicher Anordnung	89
cc) Wirkung der Berufsordnungen gegenüber Dritten	91
dd) Sonderfälle	92
3. Die Musterberufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte (MBO-Ä); Vorgaben der Bundesapothekerkammer	92
4. Die CCBE-Berufsregeln für die Rechtsanwälte der Europäischen Union ..	93
5. Richtlinien, Leitlinien und sonstige Vorgaben	95
V. Gewohnheitsrecht	96

VI. Exkurs: das Verhältnis von Berufs- und Standesrecht zum Recht des unlauteren Wettbewerbs	97
1. Schutzzweck beider Rechtsgebiete	97
2. Anwendungsbereich des Wettbewerbsrechts	98
3. Verstoß gegen Wettbewerbsrecht durch Verstoß gegen Berufs- und Standesrecht	99
4. Verstoß gegen Berufs- und Standesrecht durch Verstoß gegen Wettbewerbsrecht	99
5. Prozessuale Fragen der Verfolgung von Wettbewerbsverstößen von Freiberuflern	100
 B. Internationale (Werbe-)Tätigkeit von Freiberuflern und anzuwendende Regelungen des Berufs- und Standesrechts	 102
I. Allgemeine Grundsätze der Anwendung von Verwaltungsrechtsnormen bei Sachverhalten mit Auslandsbezug	102
II. Grenzüberschreitende (Werbe-)Tätigkeit von Rechtsanwälten	105
1. Grenzüberschreitende Tätigkeit von Rechtsanwälten aus Deutschland mit Auslandsbezug	105
a) Berufsrecht	105
b) Standesrecht	106
2. Grenzüberschreitende Tätigkeit ausländischer Rechtsanwälte mit Deutschlandbezug	107
a) (Auch) in Deutschland niedergelassene Rechtsanwälte	107
b) Dienstleistende Rechtsanwälte	107
aa) Im Sinne des § 1 EuRAG europäische Rechtsanwälte	107
bb) Nicht-CCBE-Rechtsanwälte	108
III. Grenzüberschreitende (Werbe-)Tätigkeit von Ärzten und Apothekern	108
1. Grenzüberschreitende (Werbe-)Tätigkeit von Ärzten und Apothekern, die der Regelungsgewalt der Bayerischen Landesärztekammer bzw. der Bayerischen Landesapothekerkammer unterliegen, gegenüber außerbayerischen Gebieten	109
a) Übriges Bundesgebiet	110
b) Europäische Gemeinschaft / Europäischer Wirtschaftsraum	110
c) Übriges Ausland	112

2. Grenzüberschreitende (Werbe-)Tätigkeit außerbayerischer Ärzte und Apotheker mit Bezug auf Bayern	112
a) Ärzte und Apotheker aus anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland	112
b) Ärzte und Apotheker aus EG-/EWR-Staaten	113
c) Ärzte und Apotheker aus sonstigen Ländern	113
 IV. Sonderfall: grenzüberschreitende Werbung von Freiberuflern mittels Computerkommunikationsnetzen (Internet) innerhalb der Europäischen Gemeinschaft	113
1. Voraussetzungen des Art. 8 Abs. 1 RL 2000/31/EG	114
a) „Angehörige reglementierter Berufe“	114
b) Kommerzielle Kommunikation als Bestandteil eines Dienstes der Informationsgesellschaft oder als Dienst der Informationsgesellschaft ...	115
c) Zwischenergebnis	116
2. Das auf Werbemaßnahmen, die der RL 2000/31/EG unterfallen, anzuwendende Recht	116
a) Internetwerbung von Rechtsanwälten in Deutschland	117
b) Internetwerbung von Ärzten und Apothekern in Deutschland	118
 C. Die Regelungen für Rechtsanwälte im einzelnen	118
I. Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Rechtsanwaltberufs	119
II. Das Berufsbild des Rechtsanwalts in der Bundesrepublik Deutschland heute ..	120
1. § 1 BRAO: der Rechtsanwalt als unabhängiges Organ der Rechtspflege ...	121
2. § 2 BRAO: Der Rechtsanwalt übt einen freien Beruf aus, kein Gewerbe ..	122
3. § 3 Abs. 1 BRAO: der Rechtsanwalt als berufener, unabhängiger Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten	124
III. Geschichtlicher Überblick über die Werberegulungen für Rechtsanwälte	124
1. 17. und 18. Jahrhundert	124
2. 19. Jahrhundert	125
3. Die Standesrichtlinien für Rechtsanwälte von 1929	125
4. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Juli 1987 ...	126
5. Die Novelle der BRAO und die neue Berufsordnung	127

IV. Die heutige Situation: ausgewählte Beispiele anwaltlicher Werbemaßnahmen	128
1. § 43 b BRAO: Werbung	129
a) Verhältnis des § 43 b zu § 43 BRAO	129
b) Charakter der Regelung des § 43 b BRAO	130
c) Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des § 43 b BRAO	131
aa) Werbung	131
bb) Berufsbezogene Unterrichtung	131
cc) Sachlichkeit von Form und Inhalt	133
dd) Verbot der auf Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichteten Werbung	134
2. § 6 Abs. 1 BORA: Werbung	135
a) Das Verhältnis von § 6 Abs. 1 BORA zu § 43 b BRAO	135
b) Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des § 6 Abs. 1 BORA	136
aa) Informationen über Person und Dienstleistung – Sachlichkeit dieser Informationen in Form und Inhalt	136
bb) Werbung um einen Auftrag im Einzelfall	136
3. § 6 Abs. 2 BORA: Praxisbroschüren und ähnliches	137
a) § 6 Abs. 2 Satz 1 BORA	137
b) § 6 Abs. 2 Satz 2 BORA	137
4. § 6 Abs. 3 BORA: Angabe von Erfolgs- und Umsatzzahlen	138
5. § 6 Abs. 4 BORA: Werbung durch Dritte	138
6. § 7 BORA: Interessen- und Tätigkeitsschwerpunkte	139
7. § 8 BORA: Kundgabe beruflicher Zusammenarbeit	141
8. § 9 BORA: Kurzbezeichnungen	141
9. § 10 BORA: Briefbögen	142
10. § 29 Abs. 1 BORA i. V. m. Nr. 2.6 CCBE-Berufsregeln: Berufsordnung und CCBE-Berufsregeln	142
11. § 5 Abs. 2 Satz 2 EuRAG: Bezeichnung „europäischer Rechtsanwalt“	143
D. Die Regelungen für Ärzte im einzelnen	143
I. Das Berufsbild des Arztes	143
1. Aufgabe des Arztes	144
2. Der Arztberuf als freier Beruf	145
II. Entwicklung der Werbebeschränkungen für Ärzte	148

III. Die Vorschriften der Berufsordnung für die Ärzte Bayerns (BayBOÄ)	150
1. Der Begriff der Werbung in der BayBOÄ	150
2. Die Systematik der Werberegulungen in der BayBOÄ	151
3. § 27 Abs. 1 BayBOÄ: erlaubte sachliche Information – berufswidrige Werbung	152
a) Rundschreiben	153
b) Fernsehwerbung	153
c) Empfänge, Vernissagen und ähnliche Veranstaltungen	154
d) Veröffentlichungen in Büchern	154
4. § 27 Abs. 2 BayBOÄ: Werbung durch Dritte	154
a) Überblick	154
b) Sonderfall: Sanatoriumswerbung	155
aa) Erste Anknüpfungsmöglichkeit: die Veranlassung oder Duldung berufswidriger Werbung durch den Arzt, mit dessen Namen geworben wird	156
bb) Zweite Anknüpfungsmöglichkeit: das Handeln des Sanatoriumsbetreibers selbst	157
5. § 28 BayBOÄ: öffentliches Wirken und Medientätigkeit	158
a) Die Richtlinien für die publizistische Tätigkeit von Ärzten	159
b) Konkretisierung des § 28 BayBOÄ durch Vorgaben der Rechtsprechung	159
6. Die ergänzenden Bestimmungen des Kap. D I BayBOÄ	160
a) Kap. D I Nr. 1: Informationen anderer Ärzte	160
b) Kap. D I Nr. 2: Praxisschilder	161
aa) Überblick	161
bb) Einzelheiten, insbesondere Fälle, in denen Praxisschilder als unzulässig beurteilt wurden	161
c) Kap. D I Nr. 3: Anzeigen	163
d) Kap. D I Nr. 4: Verzeichnisse	164
e) Kap. D I Nr. 5: weitere Werbemöglichkeiten	164
aa) Patienteninformationen in den Praxisräumen, Computerkommunikationsnetze	164
bb) Ankündigungen auf Briefbögen, Rezeptvordrucken, Stempeln sowie im sonstigen beruflichen Schriftverkehr	165
7. Vorschriften, die Spezialfälle von Werbung betreffen: § 34 Abs. 3, § 11 Abs. 2 Satz 2 BayBOÄ, HWG	166

E. Die Regelungen für Apotheker im einzelnen	166
I. Das Berufsbild des Apothekers	167
1. Geschichtlicher Überblick über die Entwicklung von Beruf und Organisation der Apotheker	167
2. Charakteristika des Apothekerberufs heute	169
a) Aufgabe des Apothekers	169
b) Der „Apotheker in seiner Apotheke“	169
c) Die Zwitterstellung des Apothekers als Freiberufler und Gewerbetreibender	170
II. Die von Apothekern vertriebenen Waren	171
1. Apothekenpflichtige Arzneimittel	171
2. Nicht apothekenpflichtige Arzneimittel	172
3. Das Neben- oder Randsortiment des Apothekers	172
III. Heilmittelwerberecht, allgemeines Wettbewerbsrecht	173
IV. Die Vorschriften der Bayerischen Berufsordnung für Apotheker (BayBOApo)	174
1. § 8 Abs. 1 BayBOApo: Wettbewerb	174
2. Die werberechtliche Generalklausel des § 8 Abs. 2 Satz 1 BayBOApo	174
3. § 9 BayBOApo: Einzelfälle unlauteren Wettbewerbs	174
4. Die Werberichtlinien (WRL) der Bayerischen Landesapothekerkammer ..	175
a) Abschnitt II Abs. 1 WRL: unlauterer Wettbewerb	176
b) Abschnitt II Abs. 2 WRL: Irreführung, Übertreibung	176
c) Abschnitt II Abs. 3 WRL: Außenwerbung für apothekenpflichtige Arzneimittel	177
d) Abschnitt II Abs. 4 WRL: Preiswerbung	177
e) Abschnitt II Abs. 5 WRL: Werbung für gesetzwidrige und selbstverständliche Leistungen sowie für die kostenlose Durchführung von Blutdruckmessungen und physiologisch-chemischen Bestimmungen ..	178
f) Abschnitt II Abs. 6 WRL: Werbung mit Zustelldiensten	178
g) Abschnitt II Abs. 7 WRL: Überlassung von Ausstellungsflächen durch den Apotheker an Dritte	179
h) Abschnitt II Abs. 8 WRL: Werbung in Arztpraxen	179
i) Abschnitt II Abs. 9 WRL: Werbung, die an Bedingungen geknüpft ist	180

j) Abschnitt II Abs. 10 WRL: weitere unzulässige Einzelfälle	180
aa) Abschnitt II Abs. 10 lit. a WRL: Werbung für freiverkäufliche Arzneimittel und apothekenübliche Waren	180
bb) Abschnitt II Abs. 10 lit. b WRL: Dienstleistungen	181
cc) Abschnitt II Abs. 10 lit. c WRL: Werbung durch bildliche Darstel- lung des Apothekers	181
dd) Abschnitt II Abs. 10 lit. d WRL: entgeltliche Bildberichte	182
ee) Abschnitt II Abs. 10 lit. e WRL: Anbieten von Speisen und Ge- tränken	182
k) Abschnitt II Abs. 11 WRL: Hinweisschilder	182

Vierter Teil

Verfassungsmäßigkeit der einzelnen Werbeschränkungen 183

A. Methodisches	183
B. Die betroffenen Grundrechte von Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern: Schutz- bereiche, Eingriffe	184
I. Art. 12 Abs. 1 GG: Berufsfreiheit	184
1. Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	184
a) Sachlicher Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	184
b) Persönlicher Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	185
2. Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	186
a) Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG durch Werbereg- gelungen für Rechtsanwälte	186
b) Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG durch Werbereg- gelungen für Ärzte	188
c) Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG durch Werbereg- gelungen für Apotheker	189
II. Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. GG: Freiheit der Meinungsäußerung	189
1. Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. GG	190
a) Betroffenheit des Schutzbereichs des Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. GG ..	190
b) Verhältnis der Schutzbereiche von Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. und Art. 12 Abs. 1 GG zueinander	191
2. Eingriffe in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. GG	193
a) Eingriffe durch Werberegungen für Rechtsanwälte	193

b) Eingriffe durch Werberegulungen für Ärzte	194
c) Eingriffe durch Werberegulungen für Apotheker	194
III. Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 1. Alt. GG: Pressefreiheit	195
IV. Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 2. u. 3. Alt. GG: Rundfunk- bzw. Filmfreiheit	195
V. Art. 5 Abs. 3 Satz 1, 1. Alt. GG: Kunstfreiheit	196
VI. Art. 5 Abs. 3 Satz 1, 2. Alt. GG: Wissenschaftsfreiheit	196
VII. Art. 14 Abs. 1 GG: Freiheit des Eigentums	197
VIII. Art. 101 Abs. 1 Satz 1 GG: Verbot von Ausnahmegewichten	198
IX. Art. 103 Abs. 2 GG: Gesetzlichkeitsgebot	198
X. Art. 2 Abs. 1 GG: Allgemeine Handlungsfreiheit	200
XI. Art. 3 Abs. 1 GG: Allgemeiner Gleichheitssatz	201
1. Ungleichbehandlung von Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern gegen- über anderen Freiberuflern	202
2. Ungleichbehandlung von Rechtsanwälten und Ärzten gegenüber anderen Berufstätigen	202
3. Ungleichbehandlung von Apothekern gegenüber anderen Gewerbetreiben- den	203
4. Ergebnis zu Art. 3 Abs. 1 GG, Folgerungen	204
XII. Zusammenfassung: die betroffenen Grundrechte von Rechtsanwälten, Ärzten und Apothekern	205
C. Die betroffenen Grundrechte des einzelnen aus dem Publikum: Schutzbereiche, Ein- griffe	205
I. Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 2. Hs. GG: Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quel- len ungehindert zu unterrichten	205
1. Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 2. Hs. GG	205
2. Eingriff, Ergebnis zu Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 2. Hs. GG	206
II. Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 1. Alt. GG: Pressefreiheit	206
III. Recht auf Selbstbestimmung im gesundheitlichen Bereich, insbesondere Recht auf freie Arztwahl	207

IV. Zusammenfassung: die betroffenen Grundrechte des einzelnen aus dem Publikum	209
D. Rechtfertigung der durch Werbebeschränkungen vorgenommenen Grundrechtseingriffe	209
I. Die Anforderungen der Gesetzesvorbehalte der Art. 12 Abs. 1 Satz 2, Art. 5 Abs. 2, Art. 2 Abs. 1 GG	209
1. Der Gesetzesvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG	209
2. Der Gesetzesvorbehalt des Art. 5 Abs. 2, 1. Alt. GG	211
3. „Verfassungsmäßige Ordnung“ (Art. 2 Abs. 1 GG)	212
II. Die Rechtfertigung der durch Werbebeschränkungen in die Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 Satz 1, 1. Alt. GG) vorgenommenen Eingriffe mittels kollidierenden Verfassungsrechts	213
III. Anforderungen der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der in § 43 b BRAO liegenden Ungleichbehandlung	214
IV. Formelle Voraussetzungen der Rechtfertigung der durch Werbebeschränkungen vorgenommenen Grundrechtseingriffe	214
1. Formelle Rechtmäßigkeit der Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte ...	214
a) Formelle Rechtmäßigkeit des § 43 b BRAO	215
b) Ermächtigungsgrundlage für § 6 BORA	215
c) Ermächtigungsgrundlage für § 7 BORA	215
d) Ermächtigungsgrundlage für §§ 8, 9, 10 BORA	216
e) Inkrafttreten der BORA	217
f) Ergebnis: formelle Rechtmäßigkeit der Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte	218
2. Formelle Rechtmäßigkeit der Werbebeschränkungen für Ärzte	218
3. Formelle Rechtmäßigkeit der Werbebeschränkungen für Apotheker	218
V. Materielle Voraussetzungen der Rechtfertigung	219
1. Übereinstimmung der Eingriffsnormen mit einfachen Gesetzen	219
a) Übereinstimmung der §§ 6 bis 10 BORA mit der BRAO	219
b) Übereinstimmung des § 9 Abs. 1 BORA mit Art. 5 lit. a VO Nr. 2137/85/EWG i. V. m. § 2 Abs. 2 Nr. 1 des zugehörigen deutschen Ausführungsgesetzes	219
c) Übereinstimmung der §§ 27, 28 und des Kap. D I BayBOÄ mit dem BayHKaG	220

d) Übereinstimmung des § 8 Abs. 1, 2 BayBOApo und der Werberichtlinien mit dem BayHKaG	220
2. Das Übermaßverbot	221
a) Anforderungen des Übermaßverbotes	221
aa) Legitimer Zweck: insbesondere öffentliches Interesse und Gemeinwohl	221
bb) Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit (= Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) des Eingriffs	223
b) Konkretisierungen des Übermaßverbotes bei einzelnen Grundrechten	224
aa) Art. 12 Abs. 1 GG: Drei-Stufen-Theorie	224
bb) Art. 5 Abs. 1 GG: Wechselwirkungslehre	224
 E. Die zur Rechtfertigung von Werbebeschränkungen durch Rechtsprechung und Literatur vorgetragene Argumente: Darstellung und kritische Analyse	 225
I. Niedriger Differenzierungsgrad der Argumentationen zur Rechtfertigung von Werbebeschränkungen in Rechtsprechung und Literatur	225
II. Kritik an den in Rechtsprechung und Literatur vertretenen Rechtfertigungsmodellen	226
III. Die speziell auf den Rechtsanwaltsberuf bezogenen Argumente	227
1. Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege	227
a) Legitimität des Zieles „Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege“	227
b) Legitimität und Geeignetheit des Mittels Werbebeschränkungen	228
c) Erforderlichkeit von Werbebeschränkungen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege	230
d) Verhältnismäßigkeit (im engeren Sinn) von Werbebeschränkungen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege	231
e) Ergebnis zum Argument „Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege“	233
2. Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege	233
a) Legitimität des Zieles „Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege“	233
b) Legitimität und Geeignetheit von Werbebeschränkungen zur Erreichung des Ziels „Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege“	235

c) Erforderlichkeit von Werbebeschränkungen zur Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege	235
d) Angemessenheit von Werbebeschränkungen zur Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege	237
e) Ergebnis zum Argument „Erhaltung des Vertrauens der Bevölkerung auf die Funktion der Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege“	237
IV. Argumente zur Rechtfertigung von Werbebeschränkungen bei Ärzten	238
1. Schutz der Gesundheit der Bevölkerung	238
a) Das Argument „Schutz der Gesundheit der Bevölkerung“ in Rechtsprechung und Literatur	238
b) Kritik am Argument „Schutz der Gesundheit der Bevölkerung“	239
c) Ergebnis zum Argument „Schutz der Gesundheit der Bevölkerung“ ...	242
2. Staatliche Bindung des Arztberufs (§ 1 Abs. 1 BÄO)	242
a) Das Argument „Staatliche Bindung des Arztberufs“ in Rechtsprechung und Literatur	242
b) Kritik am Argument „Staatliche Bindung des Arztberufs“	242
aa) Legitimität des Ziels, Gefahren für die staatliche Bindung des Arztberufs zu verhindern; Geeignetheit von Werbebeschränkungen zur Erreichung dieses Ziels	242
bb) Keine eigenständige Bedeutung des Arguments „Staatliche Bindung des Arztberufs“	243
c) Ergebnis zum Argument „Staatliche Bindung des Arztberufs“	244
3. Der Empfängerkreis als Kriterium zur Bewertung einzelner Werbemaßnahmen von Ärzten	244
V. Die Rechtfertigung von Werbebeschränkungen bei Apothekern	244
1. Sicherstellung der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln	245
a) Das Argument „Sicherstellung der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln“ in Rechtsprechung und Literatur	245
b) Kritik am Argument „Sicherstellung der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln“	246
c) Ergebnis zum Argument „Sicherstellung der ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln“	248

2. Verhinderung von Arzneimittelfehlgebrauch	248
a) Das Argument „Verhinderung von Arzneimittelfehlgebrauch“ in Rechtsprechung und Literatur	248
b) Kritik am Argument „Verhinderung von Arzneimittelfehlgebrauch“ ...	249
c) Ergebnis zum Argument „Verhinderung von Arzneimittelfehlge- brauch“	251
3. Schutz des Vertrauens der Bevölkerung auf die Stellung der Apotheker- schaft als Teil des Gesundheitswesens bzw. darauf, die Apothekerschaft erfülle ihre Aufgaben frei von Gewinnstreben („Schutz apothekerbezoge- nen Vertrauens“)	252
a) Darstellung des Arguments „Schutz apothekerbezogenen Vertrauens“	252
b) Kritik am Argument „Schutz apothekerbezogenen Vertrauens“	252
c) Ergebnis zum Argument „Schutz apothekerbezogenen Vertrauens“	253
VI. Die im Hinblick auf alle drei Berufe vorgetragenen Argumente	253
1. Schutz des Berufsbildes	254
a) Werbebeschränkungen als Ausprägungen der Freiberuflichkeit: Berufs- bildschutz und Kommerzialisierungsthese	254
b) Das Berufsbildargument bei Werbebeschränkungen für Apotheker	257
c) Kritische Analyse des Arguments „Berufsbildschutz“	257
aa) Die Legitimität des Arguments „Berufsbildschutz“	257
(1) Schutz bestehender Berufsbilder und öffentliches Interesse ...	257
(2) Der Schutz bestehender Berufsbilder als Problem der Tren- nung von Recht und Moral	258
(a) Der Begriff „Moral“; Berufsbilder als Ausprägungen von Moral	259
(aa) Normativer Moralbegriff	259
(bb) Deskriptiver Moralbegriff	259
(cc) Differenzierende Moralbegriffe	259
(b) Die Zulässigkeit des Schutzes von Moral	261
(aa) Konzepte des Verhältnisses von Recht und Moral	262
(aaa) 1. Möglichkeit: teilweise Deckung von Recht und Moral	262
(bbb) 2. Möglichkeit: Moral als Teil des Rechts	263
(ccc) 3. Möglichkeit: völlige Deckung des Inhalts von Recht und Moral	265
(ddd) 4. Möglichkeit: strenge Trennung beider Sy- steme	265

(bb) Der Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG und der Schutz der Sozialmoral	265
(aaa) Ungleichbehandlung	266
(bbb) Ergebnis: Art. 3 Abs. 1 GG und der Schutz der Sozialmoral	266
(cc) Der Schutz der Sozialmoral im Hinblick auf Art. 4 Abs. 1 GG	267
(aaa) Art. 4 Abs. 1, 1. u. 3. Alt. GG: Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	267
(bbb) Art. 4 Abs. 1, 2. Alt. GG: Gewissensfreiheit ..	267
(ccc) Zwischenergebnis: Art. 4 Abs. 1 GG und der Schutz der Sozialmoral	268
(dd) Das Prinzip der Subsidiarität des Rechts	268
(ee) Probleme bei der Ermittlung der Sozialmoral	269
(ff) Beurteilung der dargestellten Konzeptionen – Lösungsvorschlag	270
(aaa) Zur 1. Möglichkeit (teilweise Deckung von Recht und Moral)	270
(bbb) Zur 2. Möglichkeit (Moral als Teil des Rechts)	270
(ccc) Zur 3. Möglichkeit (Konvergenz von Recht und Moral)	271
(ddd) Zur 4. Möglichkeit (strenge Trennung von Recht und Moral)	272
(c) Ergebnis und dessen verfassungsrechtliche Bedeutung	272
bb) Insbesondere: zur Kommerzialisierungsthese	273
2. Schutz des spezifisch freiberuflichen persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen dem Freiberufler und seinem Vertragspartner	276
a) Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Freiberufler und seinem Vertragspartner im allgemeinen	276
aa) Darstellung des Arguments „Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Freiberufler und seinem Vertragspartner im allgemeinen“	276
bb) Kritik am Argument „Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Freiberufler und seinem Vertragspartner im allgemeinen“	277
cc) Ergebnis zum Argument „Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Freiberufler und seinem Vertragspartner im allgemeinen“	279
b) Insbesondere: Schutz des Vertrauens des Vertragspartners darauf, der Freiberufler werde seine Angelegenheit unabhängig von eigennützigen finanziellen Erwägungen behandeln	279
aa) Darstellung des Arguments „Schutz des Vertrauens des Vertragspartners darauf, der Freiberufler werde seine Angelegenheit unabhängig von eigennützigen finanziellen Erwägungen behandeln“ ...	279

bb) Kritik am Argument „Schutz des Vertrauens des Vertragspartners darauf, der Freiberufler werde seine Angelegenheit unabhängig von eigennützigen finanziellen Erwägungen behandeln“	280
cc) Ergebnis zum Argument „Schutz des Vertrauens des Vertragspartners darauf, der Freiberufler werde seine Angelegenheit unabhängig von eigennützigen finanziellen Erwägungen behandeln“	282
3. Argumente, die sich auf den Berufsstand beziehen	282
a) Einheitlichkeit des Standes	283
b) Ansehen und Würde des Standes	284
c) Unabhängigkeit des Standes	284
d) Kritik an den Argumenten, die sich auf den Berufsstand beziehen	285
aa) Rechtsanwalt-, Ärzte- und Apothekerschaft als Stände	285
bb) Standesinteressen und öffentliches Interesse	286
4. Optimale Versorgung der Allgemeinheit mit Dienstleistungen von Freiberuflern	287
5. Qualitätssicherung; Förderung ordnungsgemäßer Berufsausübung	288
a) Darstellung der Argumente „Qualitätssicherung“ und „Förderung ordnungsgemäßer Berufsausübung“	288
b) Kritik an den Argumenten „Qualitätssicherung“ und „Förderung ordnungsgemäßer Berufsausübung“	289
c) Ergebnis zu den Argumenten „Qualitätssicherung“ und „Förderung ordnungsgemäßer Berufsausübung“	289
6. Schutz der Freiberufler vor Wettbewerb und Konkurrenz	289
a) Darstellung des Arguments „Schutz der Freiberufler vor Wettbewerb und Konkurrenz“	289
b) Kritik am Argument „Schutz der Freiberufler vor Wettbewerb und Konkurrenz“	292
c) Ergebnis zum Argument „Schutz der Freiberufler vor Wettbewerb und Konkurrenz“	296
7. Unterwerfung unter die Landesregeln	296
a) Darstellung des Arguments „Unterwerfung unter die Landesregeln“ ..	296
b) Kritik, Ergebnis zum Argument „Unterwerfung unter die Landesregeln“	296
VII. Zusammenfassende Bewertung der zur Rechtfertigung von Werbebeschränkungen durch Rechtsprechung und Literatur vorgetragene Argumente	297

F. Die Verfassungsmäßigkeit der einzelnen Werbebeschränkungen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der kritischen Analyse der vorgebrachten Argumente	298
I. Einzelheiten zur im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit vorzunehmenden Abwägung	299
1. Abwägungsgesichtspunkte, insbesondere Argumente für weitgehende Informations- bzw. Werbefreiheit	299
2. Die von der Rechtsprechung vorgenommene Abwägung in werberechtlich relevanten Wettbewerbsfällen – Beispiele	303
II. Die Folgen eines nicht gerechtfertigten Grundrechtseingriffs für die Fortgeltung der jeweiligen Werbenorm	304
III. Die Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte	306
1. § 43 b BRAO: Werbung	306
a) Berufsbezogene Unterrichtung	306
b) Sachlichkeit von Form und Inhalt	307
c) Verbot der auf Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichteten Werbung	309
d) Ergebnis und Vorschlag einer verfassungsgemäßen Neufassung	309
2. § 6 BORA: Werbung, einzelne Werbemaßnahmen	310
a) § 6 Abs. 1 BORA: Werbung	310
b) § 6 Abs. 2 BORA: Praxisbroschüren und ähnliches	310
c) § 6 Abs. 3 BORA: Angabe von Erfolgs- und Umsatzzahlen	312
d) § 6 Abs. 4 BORA: Werbung durch Dritte	314
3. § 7 BORA: Interessen- und Tätigkeitsschwerpunkte	314
4. § 8 BORA: Kundgabe beruflicher Zusammenarbeit	317
5. § 9 BORA: Kurzbezeichnungen	318
6. § 10 BORA: Briefbögen	318
7. § 29 Abs. 1 BORA i. V. m. Nr. 2.6 CCBE-Berufsregeln: Berufsordnung und CCBE-Berufsregeln	319
8. § 5 Abs. 2 Satz 2 EuRAG: Bezeichnung „europäischer Rechtsanwalt“	319
IV. Die Werbebeschränkungen für Ärzte	320
1. § 27 Abs. 1 BayBOÄ: erlaubte sachliche Information – berufswidrige Werbung	320
a) Rundschreiben	321
b) Rundfunk- und Fernsehwerbung	322

c) Empfänge, Vernissagen und ähnliche Veranstaltungen	322
d) Ergebnis zu § 27 Abs. 1 BayBOÄ	323
2. § 27 Abs. 2 BayBOÄ: Werbung durch Dritte	323
a) § 27 Abs. 2 Sätze 1, 3 BayBOÄ: Regelfälle der Werbung durch Dritte	323
aa) Allgemeines zu § 27 Abs. 2 Sätze 1, 3 BayBOÄ	323
bb) Anforderungen, die § 27 Abs. 2 BayBOÄ bei einer Zusammenar-	
beit mit der Presse an den Arzt stellt – die Fälle „Frischzellenthe-	
rapie“ und „Hackethal“	324
b) § 27 Abs. 2 Satz 2 BayBOÄ: Sonderfall Sanatoriumswerbung	328
c) Ergebnis zu § 27 Abs. 2 BayBOÄ	328
3. § 28 BayBOÄ: öffentliches Wirken und Medientätigkeit	328
a) Buchveröffentlichungen	329
b) Herausgabe von Journalen und Zeitschriften	331
c) Ergebnis zu § 28 BayBOÄ	331
4. Die ergänzenden Bestimmungen des Kap. D I BayBOÄ	332
a) Kap. D I Nr. 1 Satz 2: Information anderer Ärzte	332
b) Kap. D I Nr. 2: Praxisschilder	333
c) Kap. D I Nr. 3: Anzeigen	336
d) Kap. D I Nr. 4: Verzeichnisse	337
e) Kap. D I Nr. 5: Patienteninformationen in Praxisräumen und im Inter-	
net; beruflicher Schriftverkehr	338
5. Vorschriften, die Spezialfälle von Werbung betreffen: § 34 Abs. 3, § 11	
Abs. 2 Satz 2 BayBOÄ	341
V. Die Werbebeschränkungen für Apotheker	342
1. Allgemeines	342
2. Erforderlichkeit von spezifisch berufs- und standesrechtlichen Werbereg-	
lungen für Apotheker neben dem Heilmittelwerberecht	344
3. Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften im einzelnen	345
a) § 8 Abs. 2 Satz 1 BayBOApo: werberechtliche Generalklausel	345
b) Die Werberichtlinien der Bayer. Landesapothekerkammer	346
aa) Abschnitt I WRL: allgemeine Bestimmungen	346
bb) Abschnitt II Abs. 1 WRL: unlauterer Wettbewerb	346
cc) Abschnitt II Abs. 2 WRL: Irreführung, Übertreibung	347
dd) Abschnitt II Abs. 3 WRL: Außenwerbung für apothekenpflichtige	
Arzneimittel	348

ee) Abschnitt II Abs. 4, 5, 6 WRL: Preiswerbung, Werbung für gesetzwidrige und selbstverständliche Leistungen	349
ff) Abschnitt II Abs. 7, 8, 9 WRL: Werbung mit Drittbezug	350
gg) Abschnitt II Abs. 10 WRL: weitere unzulässige Einzelfälle	351
(1) Abschnitt II Abs. 10 lit. a WRL: Werbung für freiverkäufliche Arzneimittel und apothekenübliche Waren	351
(2) Abschnitt II Abs. 10 lit. b WRL: Werbung für Dienstleistungen	353
(3) Abschnitt II Abs. 10 lit. c WRL: Werbung durch bildliche Darstellung des Apothekers	354
(4) Abschnitt II Abs. 10 lit. d WRL: entgeltliche Bildberichte	355
(5) Abschnitt II Abs. 10 lit. e WRL: Anbieten von Speisen und Getränken	355
hh) Abschnitt II Abs. 11 WRL: Hinweisschilder	356
 G. Exkurs: Vereinbarkeit berufs- und standesrechtlicher Werbebeschränkungen mit Europarecht	 357
I. EG-Vertrag	357
1. Art. 28 ff. EG: Warenverkehrsfreiheit	357
2. Art. 39 EG: Freizügigkeit der Arbeitnehmer	359
3. Art. 43 EG: Niederlassungsfreiheit	359
4. Art. 49 EG: Dienstleistungsfreiheit	360
a) Anwendungsbereich des Art. 49 EG	360
b) Eingriff in den Schutzbereich der Dienstleistungsfreiheit durch Werbe- regelungen	361
c) Rechtfertigung von Eingriffen in den Schutzbereich der Dienstlei- stungsfreiheit	362
d) Ergebnis zu Art. 49 EG	364
5. Die Vereinbarkeit standesrechtlicher Werbebeschränkungen mit europäi- schem Kartellrecht	364
a) Art. 81 Abs. 1, 2 EG: Kartellverbot	364
aa) Die Kammern als „Unternehmen“ oder „Unternehmensvereini- gungen“	364
bb) Ergebnis zu Art. 81 Abs. 1, 2 EG	367
b) Art. 82 EG: Mißbrauch marktbeherrschender Stellung	367
 II. Art. 10 EMRK: insbesondere die „Barthold-Entscheidung“ des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	 368

Fünfter Teil

Zusammenfassung, Ausblick	371
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	371
B. Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Durchsetzung der Grundrechte auf dem Gebiet des Werberechts der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker in Rechtsprechung und Literatur; Ausblick	374
Literaturverzeichnis	376
Anhang: Normtexte	403
A. Bundesrecht	403
I. Bundesärzteordnung (BÄO; Auszug)	403
II. Bundes-Apothekerordnung (BApO; Auszug)	403
III. Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO; Auszug)	403
IV. Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG; Auszug)	404
B. Landesrecht	405
Bayerisches Heilberufekammergesetz (BayHKaG; Auszug)	405
C. Satzungsrecht	405
I. Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA; Auszug)	405
II. Berufsordnung für die Ärzte Bayerns (BayBOÄ; Auszug)	408
III. Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns (BayWBOÄ; Auszug)	414
IV. Berufsordnung für Apothekerinnen und Apotheker (BayBOApo; Auszug)	414
D. Sonstige Texte	417
I. Richtlinien für die publizistische Tätigkeit von Ärzten	417
II. Darstellungsmöglichkeiten des Arztes im Internet, Interpretationsbeschuß des Vorstandes der Bundesärztekammer v. 14. 2. 1998 (DÄBl. 96, 1999, S. A-228)	418
Sachwortverzeichnis	421

Abkürzungs- und Gesetzesverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AAppO	Approbationsordnung für Apotheker v. 19. 7. 1989 (BGBl. I, S. 1489), zuletzt geändert durch 2. VO zur Änderung der Approbationsordnung für Apotheker (2. AAppO-ÄndV) v. 14. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1714)
ABDA	Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ÄAppO	Approbationsordnung für Ärzte v. 28. 10. 1970 (BGBl. I, S. 1458) i. d. F. der Bek. v. 14. 7. 1987 (BGBl. I, S. 1593), zuletzt geändert durch Art. 2 VO zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten sowie zur Änderung anderer approbationsrechtlicher Vorschriften v. 10. 11. 1999 (BGBl. I, S. 2162)
a. F.	alte(r) Fassung
AGH	Anwaltsgerichtshof
ALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz) v. 24. 8. 1976 (BGBl. I, S. 2445, 2448) i. d. F. d. Bek. v. 11. 12. 1998 (BGBl. I, S. 3586), zuletzt geändert durch Art. 2 § 10 G zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – SeuchRNeuG) v. 20. 7. 2001 (BGBl. I, S. 1045)
AMPreisV	Arzneimittelpreisverordnung v. 14. 11. 1980 (BGBl. I, S. 2147), zuletzt geändert durch Art. 2 § 12 G zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz – SeuchRNeuG) v. 20. 7. 2001 (BGBl. I, S. 1045)
AnwBl.	Anwaltsblatt [Zeitschrift]
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts [Zeitschrift]
ApBetrO	Verordnung über den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsordnung) v. 9. 2. 1987 (BGBl. I, S. 547) i. d. F. d. Bek. v. 26. 9. 1995 (BGBl. I, S. 1195), zuletzt geändert durch Art. 2 Nr. 2 4. VO zur Änderung der Gefahrstoffverordnung v. 18. 10. 1999 (BGBl. I, S. 2059)

ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen (Apothekengesetz) v. 20. 8. 1960 (BGBl. I, S. 697) i. d. F. d. Bek. v. 15. 10. 1980 (BGBl. I, S. 1993), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Anpassung des Apothekenrechts und berufsrechtlicher Vorschriften an das Europäische Gemeinschaftsrecht v. 23. 8. 1994 (BGBl. I, S. 2189)
ArztR	Arztrecht [Zeitschrift]
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
Bad.-Württ.	Baden-Württemberg
BÄO	Bundesärzteordnung v. 2. 10. 1961 (BGBl. I, S. 1857) i. d. F. d. Bek. v. 16. 4. 1987 (BGBl. I, S. 1218), zuletzt geändert nach Maßgabe des Art. 7 durch Art. 1 Nr. 1 G zur Anpassung des EWR-Ausführungsgesetzes v. 27. 9. 1993 (BGBl. I, S. 1666) i. V. m. Bek. v. 16. 12. 1993 (BGBl. I, S. 2436)
BApo	Bundesapothekerordnung v. 5. 6. 1968 (BGBl. I, S. 601) i. d. F. d. Bek. v. 19. 7. 1989 (BGBl. I, S. 1478, 1842), zuletzt geändert nach Maßgabe des Art. 7 durch Art. 1 Nr. 1 G zur Anpassung des EWR-Ausführungsgesetzes v. 27. 9. 1993 (BGBl. I, S. 1666) i. V. m. Bek. v. 16. 12. 1993 (BGBl. I, S. 2436)
BauNVO	Baunutzungsverordnung i. d. F. d. Bek. v. 23. 1. 1990 (BGBl. I, S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes v. 22. 4. 1993 (BGBl. I, S. 466, 479)
BayÄBl.	Bayerisches Ärzteblatt [Zeitschrift]
BayBOÄ	Berufsordnung für die Ärzte Bayerns v. 12. 10. 1997 (BayÄBl. 1997, S. 385 incl. Beiheft), zuletzt geändert am 8. 10. 2000 m. W. v. 1. 1. 2001 (BayÄBl. 2000, S. 572); Vorgängerregelungen: Berufsordnung für die Ärzte Bayerns v. 4. 10. 1970 (BayÄBl. 1970, S. 989); Berufsordnung für die Ärzte Bayerns v. 9. 10. 1977 (BayÄBl. 1977, Sondernummer Dezember 1977)
BayBOApo	Berufsordnung für Apothekerinnen und Apotheker (BayBOApo) vom 11. 11. 1992 (PZ 1993, S. 1344), zuletzt geändert am 11. 1. 2000 (PZ 2000, S. 227); Vorgängerregelung: Berufsordnung v. 12. 11. 1983 (Beschlussfassung der Delegiertenversammlungen v. 4. 12. 1982 und v. 12. 11. 1983), genehmigt durch das Bayerische Staatsministerium des Innern am 28. 11. 1983 (Nr. IE8 – 5412 – 11/83) m. W. v. 1. 1. 1984 (PZ 1983, S. 2795); [Bestandteil beider Fassungen sind die jeweiligen Werberichtlinien – WRL]
bayer.	bayerisch(e/r/s)
BayHKaG	Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apo-

	theker (Heilberufe-Kammergesetz) i. d. F. d. Bek. 20. 7. 1994 (GVBl. S. 853, ber. GVBl. 1995, S. 325, BayRS 2122–3-A), zuletzt geändert durch Ur. d. BVerfG v. 27. 10. 1998 (BGBl. I, S. 3430)
BayHSchG	Bayerisches Hochschulgesetz i. d. F. d. Bek. v. 2. 10. 1998 (GVBl. S. 740, BayRS 2210–1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 36 Zweites Bayerisches Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an den Euro v. 24. 4. 2001 (GVBl. S. 140)
BayObLG	Bayer. Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen. Neue Folge. Herausgegeben von den Zivilsenaten des Gerichts
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
BayWBOÄ	Weiterbildungsordnung für die Ärzte Bayerns v. 1. 10. 1993 (BayÄBl. 9/1993), in der Fassung vom 11. 10. 1998 (BayÄBl. 1998, S. 429), zuletzt geändert am 8. 10. 2000 (BayÄBl. 2000, S. 571)
BB	Betriebsberater, Zeitschrift für Recht und Wirtschaft
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluß
betr.	betrifft
Bf.	Beschwerdeführer
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Berufsgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. 8. 1896 (RGBl. S. 195; BGBl. III 400–2), zuletzt geändert durch G zur Modernisierung des Schuldrechts v. 26. 11. 2001 (BGBl. I, S. 3138)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen, herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesgerichtshofs und der Bundesanwaltschaft
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesgerichtshofs und der Bundesanwaltschaft
BKartA	Bundeskartellamt
BLÄK	Bayer. Landesärztekammer
BNotO	Bundesnotarordnung i. d. F. d. Bek. v. 24. 2. 1961 (BGBl. I, S. 97), zuletzt geändert durch Art. 22 G zur Änderung des Begriffs „Erziehungsurlaub“ v. 30. 11. 2000 (BGBl. I, S. 1638)
BO	Berufsordnung
BORA	Berufsordnung [für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte] (BORA) v. 29. 11. 1996 (BRÄK-Mitt. 1996, S. 241), in Kraft getreten nach Maßgabe des Bescheides des Bundesministeriums der Ju-

	stiz v. 7. 3. 1997 (BRAK-Mitt. 1997, S. 81), geändert am 15./16. 2. 2001 (BRAK-Mitt. 2001, S. 177) m. W. v. 1. 11. 2001 (vgl. Bescheid der Bundesministerin der Justiz v. 4. 7. 2001, eingegangen bei der BRAK am 5. 7. 2001, BRAK-Mitt. 2001, S. 183)
BStB	Berufsordnung der Bundessteuerberaterkammer i. d. F. d. Bek. v. 2. 6. 1997 (DStR, Beihefter zu Heft 26/1997 v. 27. 6. 1997), geändert durch Beschlüsse der Satzungsversammlung der Bundessteuerberaterkammer v. 13./14. 10. 1998 (DStR 1999, S. 342)
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte v. 26. 7. 1957 (BGBl. I, S. 907), zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 1 G über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro v. 27. 6. 2000 (BGBl. I, S. 897)
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	BRAK-Mitteilungen [Zeitschrift]
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung v. 1. 8. 1959 (BGBl. I, S. 565), zuletzt geändert durch Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften: Lebenspartner-schaften, v. 16. 2. 2001 (BGBl. I, S. 266)
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht i. d. F. d. Bek. v. 11. 8. 1993 (BGBl. I, S. 1823, BGBl. III/FNA 1104–1), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änderung des BVerfGG und des G über das Amtsgehalt der Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts v. 16. 7. 1998 (BGBl. I, S. 1823)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CCBE	Conseil des Barreaux de la Communauté Européenne (Rat der Rechtsanwälte der Europäischen Gemeinschaft)
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt [Zeitschrift]
DAZ	Deutsche Apotheker-Zeitung [Zeitschrift]
DB	Der Betrieb [Zeitschrift]
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen
DIN	Deutsches Institut für Normung e. V.
DJT	Deutscher Juristen-Tag
DÖV	Die öffentliche Verwaltung [Zeitschrift]
DRiG	Deutsches Richtergesetz i. d. F. d. Bek. v. 19. 4. 1972 (BGBl. I, S. 713), zuletzt geändert durch Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch

	– (SGB IX): Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen v. 19. 6. 2001 (BGBl. I, S. 1046)
DStR	Deutsches Steuerrecht [Zeitschrift]
dtsch.	deutsch(e/r/s).
DVBf.	Deutsches Verwaltungsblatt [Zeitschrift]
EAG	Europäische Atom-Gemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaft(en); [als Normbezeichnung:] EG-Vertrag [neueste Fassung]
EGE	Entscheidungen der Ehrengerichtshöfe der Rechtsanwaltschaft des Bundesgebietes einschl. des Landes Berlin, herausgegeben vom Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer
EGH	Ehrengerichtshof für deutsche Rechtsanwälte
EGHE	Die Entscheidungen des Ehrengerichtshofs für deutsche Rechtsanwälte, herausgegeben vom Deutschen Anwaltverein
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	1. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25. 3. 1957 (BGBl. II, S. 766; das deutsche Gesetz zum EWG-Vertrag [und zum EAG-Vertrag vom selben Tag] stammt v. 27. 7. 1957, BGBl. II, S. 753), i. d. F. des Vertrags von Amsterdam vom 2. 10. 1997 (ABl. EG Nr. C 340 v. 10. 11. 1997, S. 1; BGBl. 1998 II, S. 386); 2. Bezeichnung von Normen des EG-Vertrags in der Fassung vor der in Amsterdam verabschiedeten
EigPrüfG	Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft v. 6. 7. 1990 (BGBl. I, S. 1349), außer Kraft getreten mit Erlaß des EuRAG [vgl. dort]
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4. 11. 1950 (BGBl. 1951 II, S. 686), mit verschiedenen Protokollen, deren vorläufig letztes, Nr. 11, vom 11. 5. 1994 stammt (G v. 24. 7. 1995, BGBl. II, S. 578)
EPA	Europäisches Patentamt
EPI	Institut der beim Europäischen Patentamt zugelassenen Vertreter
EPÜ	Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen) v. 5. 10. 1973 (G v. 21. 6. 1976, BGBl. II, S. 649, 826), zuletzt geändert durch Beschluß v. 5. 12. 1996, in Kraft seit 1. 7. 1997 (BGBl. II, S. 763)
Erl.	Erläuterung
ESTG	1. [allgemein:] Einkommensteuergesetz; 2. Einkommensteuergesetz (ESTG) 1997 i. d. F. d. Bek. v. 16. 4. 1997 (BGBl. I, S. 821), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Regelung der Bemessungsgrundlage für Zuschlagsteuern v. 21. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1978)

et al.	et alii (lat. für: und andere)
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht [Zeitschrift]
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) v. 9. 3. 2000 (BGBl. I, S. 182, ber. 1349)
europ.	europäisch(e / r / s)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht [Zeitschrift]
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-Ausführungsgesetz	Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung v. 14. 4. 1988 (BGBl. I, S. 514), zuletzt geändert nach Maßgabe des Art. 29 durch Art. 5 G zur Neuregelung des Kaufmanns- und Firmenrechts und zur Änderung anderer handels- und gesellschaftsrechtlicher Vorschriften (Handelsrechtsreformgesetz – HRefG) v. 22. 6. 1998 (BGBl. I, S. 1474)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-Abkommen	Abkommen v. 2. 5. 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum und hierzu ergangenes deutsches Zustimmungsgesetz v. 31. 3. 1993 (BGBl. II, S. 266)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht [Zeitschrift]
f.	folgende
FAO	Fachanwaltsordnung (BRAK-Mitt. 1996, S. 249), zuletzt geändert m. W. v. 1. 9. 1999 (BRAK-Mitt. 1999, S. 121 ff.)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewArch.	Gewerbearchiv [Zeitschrift]
GewO	Gewerbeordnung i. d. F. d. Bek. v. 22. 2. 1999 (BGBl. I, S. 202; BGBl. III/FNA 7100 – 1), zuletzt geändert durch Art. 26 G zur Einführung des Euro in Sozial- und Arbeitsrecht sowie zur Änderung anderer Vorschriften (4. Euro-Einführungsgesetz) v. 21. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1983)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949 (BGBl. I, S. 1), zuletzt geändert durch G zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 12 a) v. 19. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1755)
ggf.	gegebenenfalls

GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GKV-NOG	2. Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz – 2. GKV-NOG) vom 23. 6. 1997 (BGBl. I, S. 1520), zuletzt geändert durch G zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000) v. 22. 12. 1999 (BGBl. I, S. 2626)
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte i. d. F. d. Bek. v. 9. 2. 1996 (BGBl. I, S. 210), zuletzt geändert durch Art. 17 G zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000) v. 22. 12. 1999 (BGBl. I, S. 2626)
griech.	griechisch(e/r/s)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht [Zeitschrift]
GSG	1. [inoffizielle Abkürzung für:] Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) v. 21. 3. 1992 (BGBl. I, S. 2266), gem. Art. 35 Abs. 1 zum 1. 1. 1993 in Kraft getreten, zuletzt geändert durch Art. 2 G zur Rechtsangleichung in der Gesetzlichen Krankenversicherung v. 22. 12. 1999 (BGBl. I, S. 2657) 2. [offizielle Abkürzung für:] G über technische Arbeitsmittel v. 24. 6. 1968 (BGBl. I, S. 717) i. d. F. d. Bek. v. 23. 10. 1992 (BGBl. I, S. 1793), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änderung des Gerätesicherheitsgesetzes und des Chemikaliengesetzes v. 27. 12. 2000 (BGBl. I, S. 2048)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
hans.	hanseatisch(e/r/s)
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch v. 10. 5. 1897 (RGBl. S. 219; BGBl. III/FNA 4100–1), zuletzt geändert durch G zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung (Namensaktiengesetz – NaStraG) v. 18. 1. 2001 (BGBl. I, S. 123)
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland [vgl. Literaturverzeichnis unter Isensee, Josef/Kirchhof, Paul]
HWG	Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens (Heilmittelwerbegesetz) v. 11. 7. 1965 (BGBl. I, S. 604) i. d. F. d. Bek. v. 19. 10. 1994 (BGBl. I, S. 3068), zuletzt geändert durch Art. 2 G zur vergleichenden Werbung und zur Änderung wettbewerbsrechtlicher Vorschriften v. 1. 9. 2000 (BGBl. I, S. 1375)
i. d. F.	in der Fassung
i. d. F. d. Bek. v.	in der Fassung der Bekanntmachung vom
i. d. R.	in der Regel
i. Erg.	im Ergebnis

IHK-Gesetz	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern v. 18. 12. 1956 (BGBl. I, S. 920), zuletzt geändert nach Maßgabe des Art. 2 durch Art. 1 G zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHK-GÄndG) v. 23. 7. 1998 (BGBl. I, S. 1887, 3158)
incl.	inclusive
insbes.	insbesondere
i. S. v.	im Sinne von
ISO	International Organisation for Standardization
i. ü.	im übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau [Zeitschrift]
JuS	Juristische Schulung [Zeitschrift]
JW	Juristische Wochenschrift [Zeitschrift]
JZ	Juristen-Zeitung [Zeitschrift]
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KGHB-LSA	Gesetz über die Kammern für Heilberufe Sachsen-Anhalt v. 13. 7. 1994 (GVBl. LSA S. 832), geändert durch G v. 9. 7. 1996 (GVBl. LSA S. 220)
lat.	lateinisch(e/r/s)
LBG	Landesberufsgericht
LG	Landgericht
lit.	litera (lat. für: Buchstabe)
Lit.	Literatur
MBO-Ä	Muster-Berufsordnung für die deutschen Ärztinnen und Ärzte i. d. F. der Beschlüsse des 100. Dtsch. Ärztetages in Eisenach 1997 (DÄBl. 94 [1997], S. A-2354 ff., geändert durch die Beschlüsse des 103. Dtsch. Ärztetages in Köln 2000, DÄBl. 97 [2000], S. A-2730 ff.)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht [Zeitschrift]
MedR	Medizinrecht [Zeitschrift]
m. Anm.	mit Anmerkung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung vom
NJW	Neue Juristische Wochenschrift [Zeitschrift]
NJW-CoR	NJW-Computerreport [Zeitschrift]
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport Zivilrecht [Zeitschrift]
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
öftl.	öffentlich(e/r/s)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht

OVG	Oberverwaltungsgericht
PAO	Patentanwaltsordnung v. 7. 9. 1966 (BGBl. I, S. 557), zuletzt geändert durch Art. 5 G zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des Berufsrechts der Rechtsanwälte v. 9. 3. 2000 (BGBl. I, S. 182)
PAngV	Preisangabenverordnung v. 14. 3. 1985 (BGBl. I, S. 580) i. d. F. d. Bek. v. 28. 7. 2000 (BGBl. I, S. 1244)
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz v. 25. 7. 1994 (BGBl. I, S. 1744), zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten G zur Änderung der Finanzgerichtsordnung und anderer Gesetze (2. FGOÄndG) v. 19. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1757)
PharmaR	Pharma-Recht [Zeitschrift]
preuß.	preußisch(e/r/s)
PZ	Pharmazeutische Zeitung [Zeitschrift]
RADG	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften v. 22. 3. 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (RADG) v. 16. 8. 1980 (BGBl. I, S. 1453), außer Kraft getreten mit Erlaß des EuRAG [vgl. dort]
RADRL	Rechtsanwaltsdienstleistungsrichtlinie (= RL 77/249/EWG)
RÄO	Reichsärzteordnung
RAK	Rechtsanwaltskammer
RAO	Rechtsanwaltsordnung
RBerG	Rechtsberatungsgesetz v. 13. 12. 1935 (RGBl. I, S. 1478; BGBl. III/FNA 303–12), zuletzt geändert durch G zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung und anderer Gesetze (EGInsOÄndG) v. 19. 12. 1998 (BGBl. I, S. 3836)
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rh.-Pf.	Rheinland-Pfalz
RL	Richtlinie
RL 64/221/EWG	Richtlinie Nr. 64/221/EWG v. 25. 2. 1964 zur Koordinierung der Sondervorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind (ABl. Nr. 56 v. 4. 4. 1964, S. 850)
RL 77/249/EWG	Richtlinie Nr. 77/249/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften v. 22. 3. 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. Nr. L 78 v. 26. 3. 1977, S. 17)
RL 85/432/EWG	Richtlinie Nr. 85/432/EWG des Rates v. 16. 9. 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über bestimmte pharmazeutische Tätigkeiten (ABl. Nr. L 253 v. 24. 9. 1985, S. 34)

RL 85/433/EWG	Richtlinie Nr. 85/433/EWG des Rates vom 16. 9. 1985 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Apothekers und über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts für bestimmte pharmazeutische Tätigkeiten (ABl. Nr. L 253 v. 24. 9. 1985, S. 37 ff.)
RL 89/48/EWG	Richtlinie Nr. 89/48/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften v. 21. 12. 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 v. 24. 1. 1989, S. 16)
RL 93/16/EWG	Richtlinie Nr. 93/16/EWG des Rates vom 5. 4. 1993 zur Erleichterung der Freizügigkeit für Ärzte und zur gegenseitigen Anerkennung ihrer Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise (ABl. Nr. L 165 v. 7. 7. 1993, S. 1)
RL 98/5/EG	Richtlinie Nr. 98/5/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 16. 2. 1998 zur Erleichterung der ständigen Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Qualifikation erworben wurde (ABl. Nr. L 77 v. 14. 3. 1998, S. 36)
RL 98/34/EG	Richtlinie Nr. 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 22. 6. 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 204 v. 21. 7. 1998, S. 37)
RL 98/48/EG	Richtlinie Nr. 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20. 7. 1998 zur Änderung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 217 v. 5. 8. 1998, S. 18)
RL 2000/31/EG	Richtlinie Nr. 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 8. 6. 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“, „e-commerce-Richtlinie“, ABl. Nr. L 178 v. 17. 7. 2000, S. 1)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.	siehe
sc.	scilicet (lat. für: nämlich)
SGB V	Sozialgesetzbuch V: Gesetzliche Krankenversicherung v. 20. 12. 1988 (BGBl. I, S. 2477), zuletzt geändert nach Maßgabe des Art. 6 durch Art. 2 G zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeits-

	entgelt (Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz) v. 21. 12. 2000 (BGBl. I, S. 1971)
Slg.	Sammlung
SNWG	Gesetz über die Werbung für Säuglingsanfangsnahrung und Folgenahrung (Säuglingsnahrungswerbegesetz – SNWG) v. 10. 10. 1994 (BGBl. I. S. 2846)
sog.	sogenannt(e/r/s)
statist.	statistisch(e/r/s)
StBerG	Steuerberatungsgesetz v. 16. 8. 1961 (BGBl. I, S. 1301) i. d. F. d. Bek. v. 4. 11. 1975 (BGBl. I, S. 2735), zuletzt geändert durch Art. 1 und Art. 5 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über die Tätigkeit der Steuerberater (7. StBÄndG) v. 24. 6. 2000 (BGBl. I, S. 874)
Stbg.	Die Steuerberatung [Zeitschrift]
StGB	Strafgesetzbuch i. d. F. d. Bek. v. 13. 11. 1998 (BGBl. I, S. 3322), Neubekanntmachung des StGB für das Deutsche Reich v. 15. 5. 1871 (RGBl. S. 127; BGBl. III/FNA 450–2), zuletzt geändert durch G zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags (Untersuchungsausschußgesetz) v. 19. 6. 2001 (BGBl. I, S. 1142)
StRiLiRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts (Richtlinien gem. § 177 Abs. 2 Nr. 2 BRAO a. F.)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
TDG	Gesetz über die Nutzung von Telediensten (Teledienstegesetz) v. 22. 7. 1997 (BGBl. I, S. 1870), zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 4 G über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro v. 27. 6. 2000 (BGBl. I, S. 897)
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz – TPG) v. 5. 11. 1997 (BGBl. I, S. 2631)
u.	und
u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
u. U.	unter Umständen
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb v. 7. 6. 1909 (RGBl. S. 499; BGBl. III/FNA 43–1), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur vergleichenden Werbung und zur Änderung wettbewerbsrechtlicher Vorschriften v. 1. 9. 2000 (BGBl. I, S. 1375)
v.	von / vom
Verf.	Verfasser
Verw.	Die Verwaltung [Zeitschrift]
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche

VO	Verordnung
VO 2137/85/EWG	Verordnung Nr. 2137/85/EWG des Rates v. 25. 7. 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV; ABl. Nr. L 199 v. 31. 7. 1985, S. 1)
Vorb.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
WerbeVOSTBerG	Verordnung über Art und Inhalt der zulässigen Hinweise auf die Befugnis zur Hilfeleistung in Steuersachen v. 25. 11. 1976 (BGBl. I, S. 3245), aufgehoben durch Art. 8 Nr. 1 G zur Änderung von Vorschriften über die Tätigkeit der Steuerberater (7. StBÄndG) v. 24. 6. 2000 (BGBl. I, S. 874)
WRL	Werberichtlinien [Bestandteil der BayBOApo in der jeweils aktuellen Fassung, s. dort]
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis [Zeitschrift]
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb [Zeitschrift]
WuW/E	WuW-Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
WWW	WorldWideWeb
z. B.	zum Beispiel
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik.

Erster Teil

Einleitung

A. Das Berufs- und Standesrecht der freien Berufe im Wandel

Seit etwa zwei Jahrzehnten befindet sich das Recht der freien Berufe, zu denen neben anderen Berufsgruppen Architekten, Apotheker, Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Patentanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer gehören,¹ in stetiger Bewegung.² Änderungen im Berufsrecht des Bundes³ folgten einem Wandel der Auffassungen in Rechtsprechung⁴ und Literatur⁵ über die Bedeutung des von den berufsständischen Organisationen gesetzten Standesrechts. Dieses unterlag infolgedessen ebenfalls vielfältigen Änderungen.⁶

Insbesondere die Frage der Zulässigkeit von Werbemaßnahmen von Freiberuflern besitzt wegen der beständig wachsenden Zahl der Angehörigen dieser Berufsgruppe⁷ und der sich hieraus ergebenden steigenden Konkurrenz, auch mit anderen

¹ Vgl. hierzu etwa *Fleischmann*, Freie Berufe, S. 16 ff.; *Stober*, Wirtschaftsverwaltungsrecht BT II, S. 269 ff.; *Taupitz*, Standesordnungen, S. 86 ff.

² Vgl. speziell zum Werberecht *Kornblum*, BB 1985, S. 65, 66 f.; *Mävers*, Anwalt 2001, Heft 8/9, S. 10 ff.; *Pettiti*, EuGRZ 1985, S. 176, 177 (zustimmendes Votum zur „Barthold-Entscheidung“ des EGMR, EuGRZ 1985, S. 170); *Ring*, Werberecht der Rechtsanwälte, Rn. 1; *Taupitz*, Standesordnungen, S. 1 ff.

³ Vgl. z. B. den durch das Dritte Gesetz zur Änderung der Wirtschaftsprüferordnung vom 15. 7. 1994 (BGBl. I, S. 1569) neugefaßten § 52 WPO; zur aktuellen Rechtslage im Berufsrecht der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker vgl. unten, Dritter Teil, A.

⁴ Vgl. etwa für das Standesrecht der Rechtsanwälte BVerfGE 76, 171; BVerfGE 76, 196.

⁵ Vgl. etwa *Kleine-Cosack*, NJW 1988, S. 164 ff.; *Zuck*, NJW 1988, S. 175 ff.

⁶ Vgl. z. B. die Schaffung einer Berufsordnung für Steuerberater durch die Bundessteuerberaterkammer i. d. F. d. Bek. v. 2. 6. 1997 (DStR, Beil. zu Heft 26/1997 v. 27. 6. 1997), geändert durch Beschlüsse der Satzungsversammlung der Bundessteuerberaterkammer v. 13./14. 10. 1998 (DStR 1999, S. 342); das Standesrecht der Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker wird im folgenden ausführlich dargestellt.

⁷ Vgl. *Kleine-Cosack*, Werberecht, Rn. 5, 11; *Papier/Petz*, NJW 1994, S. 1553, 1554 (im Hinblick auf Ärzte); vgl. auch *Taupitz*, Standesordnungen, S. 13.

Folgende Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgaben 1998 u. 2000 (Hrsg.: Statist. Bundesamt), mögen die Entwicklung verdeutlichen:

- a) Entwicklung der Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte (ohne Anwaltsnotare):
58.504 im Jahre 1993,
65.576 im Jahre 1995,

Berufsgruppen, große Bedeutung. Nachdem in den USA bereits in den 70er Jahren die Werberegulungen des Berufs- und Standesrechts weitgehend liberalisiert worden sind,⁸ läßt sich seit längerem auch in der Bundesrepublik eine ähnliche Tendenz beobachten. Neben einer für das häufig als wissenschaftlich vernachlässigt angesehene⁹ Standesrecht der Freiberufler beachtlich breiten Diskussion über die bestehenden Regelungen¹⁰ nahmen sich sowohl Gesetzgeber als auch die zur Satzungsgebung ermächtigten berufsständischen Vereinigungen der Werbeproblematik an. Es kam so beispielsweise im Jahre 1994 zu Novellierungen der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), der Patentanwaltsordnung (PAO) und des Steuerberatungsgesetzes (StBerG), die nun spezielle Vorschriften über Werbung enthalten.¹¹ Die berufsständischen Vereinigungen erließen auf der Grundlage neu geschaffener Ermächtigungsgrundlagen Berufsordnungen, die die Zulässigkeit von Werbung ausdrücklich regeln. So enthält z. B. die auf § 86 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3, 4 StBerG gestützte Berufsordnung der Bundessteuerberaterkammer (BOSTB) detaillierte Vorschriften über zulässige und unzulässige Werbemaßnahmen; ausführlich wird dieser Bereich auch in der Berufsordnung der Rechtsanwälte (BORA) geregelt. Im Standesrecht der Ärzte und Apotheker gab es in den letzten Jahren Neuerungen, die verstärkt Informationen des jeweiligen Freiberuflers gegenüber der Öffentlichkeit gestatten.¹² Insgesamt lassen sich im Werberecht der freien Berufe in vielerlei Hinsicht Liberalisierungen feststellen.

76.074 im Jahre 1997,

88.861 im Jahre 1999, s. S. 345 des Statistischen Jahrbuchs 2000,

b) Entwicklung der Zahl der Ärzte:

259.981 im Jahre 1993, s. S. 428 des Statistischen Jahrbuchs 1998,

273.880 im Jahre 1995,

282.737 im Jahre 1997,

291.171 im Jahre 1999, s. S. 426 des Statistischen Jahrbuchs 2000,

c) Entwicklung der Zahl der Apotheker:

47.363 im Jahre 1993, s. S. 428 des Statistischen Jahrbuchs 1998,

49.429 im Jahre 1995,

52.076 im Jahre 1997,

53.001 im Jahre 1999, s. S. 426 des Statistischen Jahrbuchs 2000.

⁸ Vgl. v. a. die Supreme-Court-Entscheidung *Bates vs. State Bar of Arizona*, 433 U.S. 350 (1977); hierzu und allgemein zur Problematik *Prinz*, *Anwaltswerbung*, S. 63 ff.; *Oberreit/Knapp*, *AnwBl.* 1980, S. 328, 329.

⁹ Vgl. *Jarass*, *NJW* 1982, S. 1833; *Kleine-Cosack*, *NJW* 1988, S. 164, 174 spricht von „stiefmütterliche[r] Behandlung dieses Rechtsgebiets durch die Rechtswissenschaft“; *Taupitz*, *Standesordnungen*, S. 7; vgl. auch den Titel einer veröffentlichten Vorlesung von *Steindorff*: *Freie Berufe – Stiefkinder der Rechtsordnung?*

¹⁰ Vgl. für Ärzte z. B. *Laufs*, *NJW* 1995, S. 1590, 1595 f.; *Papier/Petz*, *NJW* 1994, S. 1553 ff.; *K. Schulte*, *Werbeverbot für Ärzte; zur Werbung durch Apotheker* vgl. etwa *Hufen*, *ZLR* 1997, S. 39 ff.; *Ring*, *NJW* 1997, S. 768 ff.; für Werbemaßnahmen von Rechtsanwälten vgl. v. *Falkenhäusen*, *NJW* 1992, S. 25 ff.; *Schumann*, *NJW* 1990, S. 2089, 2096 f.

¹¹ Diese finden sich in den durch das G zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte (vom 2. 9. 1994, *BGBI. I*, S. 2278) neueingefügten Normen § 43 b BRAO und § 39 b PAO; vgl. auch § 57a StBerG.

¹² Vgl. näher unten, Dritter Teil, C., D., E.

B. Gegenstand und Methode der Untersuchung

Ob nach den umfangreichen Änderungen der Werberegungen für Freiberufler in Rechtsprechung, Gesetz- und Satzungsgebung nunmehr insgesamt ein verfassungsrechtlich befriedigender Zustand besteht, soll durch vorliegende Arbeit untersucht werden. Nach der Definition von wichtigen Begriffen (Zweiter Teil) werden die gegenwärtig für Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker geltenden Regelungen über Werbemaßnahmen dargestellt (Dritter Teil). Im Vierten Teil, dem Hauptteil der Studie, werden die vorgestellten Regelungen einer eingehenden verfassungsrechtlichen Prüfung unterzogen. Wichtigster Prüfungsmaßstab ist Art. 12 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG),¹³ der die Freiheit der Berufsausübung gewährleistet. Daneben spielt die Meinungsäußerungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Hs. GG eine große Rolle, in Einzelfällen außerdem andere Grundrechte, etwa die Pressefreiheit. Berücksichtigt werden auch europarechtliche Aspekte. Probleme des Rechts des unlauteren Wettbewerbs¹⁴ sowie des europäischen Kartellrechts¹⁵ werden ebenfalls angesprochen, soweit sie engeren Bezug zum Berufs- und Standesrecht haben. Der Fünfte Teil faßt die Ergebnisse zusammen.

Exemplarisch werden drei gewissermaßen klassische freie Berufe herangezogen: der des Rechtsanwalts, des Arztes und des Apothekers. Der Rechtsanwalt steht stellvertretend für die Gruppe der rechts- und steuerberatenden Berufe, deren Berufs- und Standesrecht im vergangenen Jahrzehnt neu geregelt wurde, und der daneben noch Patentanwalt, Wirtschaftsprüfer bzw. Vereidigter Buchprüfer und Steuerberater angehören.¹⁶ Bedingt durch eine im Vergleich zur Rechtsanwaltschaft andere Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern¹⁷ ist das Recht der Heilberufe, deren wichtigste Vertreter Ärzte und Apotheker sind, hauptsächlich Landesrecht und Satzungsrecht der berufsständischen Selbstverwaltungsorgane, der Landesärzte- bzw. Landesapothekerkammern; vorliegende Arbeit zieht exemplarisch das bayerische Landes- und Satzungsrecht heran.

Der Apotheker nimmt eine Sonderstellung unter den Berufen des Gesundheitswesens ein. Seine Tätigkeit ist einerseits ein freier Beruf,¹⁸ andererseits kaufmännischer und damit gewerblicher Natur.¹⁹ Aus diesem Doppelcharakter resultieren

¹³ Vgl. BVerfGE 57, 121, 130 f.; 60, 215, 229; 71, 162, 172 ff.; 71, 183, 196; 76, 196, 207; 85, 248, 256; OLG Düsseldorf, NJW 1992, S. 2833 f.; vgl. auch *Papier/Petz*, NJW 1994, S. 1553, 1555 ff.; *Sodan*, Freie Berufe, S. 75.

¹⁴ Vgl. hierzu *Ring*, Wettbewerbsrecht, passim; vgl. zu den Grenzen, die das Kartellrecht für Werbemaßnahmen von Freiberuflern zieht, v. *Falkenhausen/Hausmann*, AnwBl. 1996, S. 486 ff.

¹⁵ Vgl. zum europäischen Kartellrecht *Römermann*, MDR 1998, S. 1149 f.

¹⁶ Vgl. hierzu allgemein *Kleine-Cosack*, Werberecht, passim.

¹⁷ Näheres dazu unten, Dritter Teil, A. I.

¹⁸ Vgl. BVerfGE 5, 25, 29 f.; *Manssen*, in: v. Mangoldt/Klein, GG, Art. 12, Rn. 164; *Ring*, Wettbewerbsrecht, S. 461 f.; *Ring*, NJW 1997, S. 769 f.; *Pitschas*, in: R. Schmidt, Öffentl. Wirtschaftsrecht BT II, § 9, Rn. 107.